

Stellungnahme des Bürgermeisters vor der Abstimmung zu Ö 7 (GR-Sitzung 17.09.2025)

„Meine Damen und Herren, wir haben heute über den Antrag der Fraktionen SPD und M² zu befinden, die Geschäftsordnung um eine starre Sitzungsdauerbegrenzung zu erweitern.

Zur Faktenlage:

Entgegen der Darstellung von M² dauert unsere durchschnittliche Ratssitzung nicht des Öfteren vier bis fünf Stunden, sondern **3 Stunden und 11 Minuten**. Lediglich drei Sitzungen im letzten Jahr gingen länger als vier Stunden.

Zur Rechtslage:

Das Kommunalrechtsamt hat eindeutig bestätigt:

Die Einberufung des Gemeinderats, einschließlich Zeit, Ort und Tagesordnung, liegt nach § 34 GemO allein beim Bürgermeister.

Ich habe dies hier im Gremium bereits in der Vergangenheit erklärt! Es wurde nur nicht angenommen. Und selbst jetzt in dieser Sitzung wurde von GR Grasse angezweifelt, ob das Kommunalrechtsamt richtig liegt mit der Feststellung es sei rechtswidrig hier Einfluss zu nehmen seitens des Gremiums.

Halten wir fest: Der Gemeinderat kann dazu zwar Vorschläge machen, diese sind aber **rechtlich unverbindlich**. Eine starre Begrenzung in der Geschäftsordnung wäre **unzulässig und rechtswidrig**. Nach Eintritt in die Tagesordnung hat der Gemeinderat bereits heute alle Mittel, über Geschäftsordnungsanträge Tagesordnungspunkte abzusetzen, zu vertagen oder die Beratung zu beenden. Auch dies wurde bereits mehrfach erklärt. Und ist Ihnen geläufig, wie heute auch ein Schlussantrag zur Abstimmung gestellt wurde.

Zur Sache:

Wir haben also kein rechtliches Defizit. Wenn wir effizienter werden wollen, und wir sind schon sehr effizient, gibt es dafür geeignete Wege: einen **früheren Sitzungsbeginn**, auch 18:00 Uhr oder bei Bedarf 16:30 Uhr sind möglich wie wir soeben von Herrn Schwalb gehört haben, eine **straffere Tagesordnungsstruktur**, wobei die Effizienz kaum zu steigern ist und die Option, bei langen Tagesordnungen eine **Fortsetzung am Folgetag** vorzusehen. So wie wir es heute vorgesehen haben.

Im Ergebnis:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag von SPD und M² als abzulehnen. Den genauen Antrag formuliert Herr Schwalb.

Abschlusswort des Bürgermeisters nach der Abstimmung

„Meine Damen und Herren, das heutige Ergebnis ist eindeutig. Der Antrag von SPD und M² war weder rechtlich haltbar noch inhaltlich geeignet, unsere Arbeit zu verbessern.

Stattdessen hat er Zeit und Energie gebunden, die wir besser für Sachthemen hätten nutzen können.

Ich danke den Fraktionen, die Verantwortung übernommen haben.

Sie haben gezeigt, dass wir für **Rechtsklarheit, Verlässlichkeit und Sachorientierung** stehen.

Für die Zukunft gilt: Wer konstruktive Vorschläge einbringt – etwa zu früheren Beginnzeiten oder zur Strukturierung der Tagesordnungen – wird bei mir und der Verwaltung Gehör finden.

Man wird aber den ausgestreckten Arm und die unzählig ausgesprochene Einladung zum Gespräch mit dem Bürgermeister annehmen müssen.

Wer hingegen mit rechtlich unzulässigen Anträgen kommt, beim Kommunalrechtsamt nach Ideen sucht, muss damit rechnen, dass diese mit klarer Mehrheit abgelehnt werden.

Damit ist dieser Punkt erledigt. Wir widmen uns nun wieder den tatsächlichen Aufgaben zum Wohl unserer Gemeinde.

Und davon gibt es viele:

Heute stehen 20 Tagesordnungspunkte auf der Agenda, darunter viele Projekte, die unsere Gemeinde konkret weiterbringen.

Wir dürfen stolz sein, das alles diskutieren und umsetzen zu dürfen. Die Arbeit im Gremium ist für unsere Gemeinde und sollte nicht als Last empfunden werden.

Und ich finde 3 Stunden und 11 Minuten im Monat im Schnitt zum Wohle der Gemeinde, und nur um das geht es hier, sind nicht zu viel an Zumutung. So zumindest meine Auffassung.

Packen wir es an.“